

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 24. Juni 2024; Bericht

Am 24. Juni 2024 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, Lage im Nahen Osten, Westbalkan, Georgien sowie Region der Großen Seen. Der Tagesordnungspunkt Westbalkan fand in Form eines gemeinsamen Arbeitsmittagessens mit den Außenministerinnen und -ministern der sechs Westbalkanstaaten statt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurde vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell die aktuelle Situation in Tunesien angesprochen.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine berichtete der per Video zugeschaltete ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba zu den rezenten Entwicklungen. Der Friedensgipfel in der Schweiz sei ein wichtiger Schritt gewesen, es werde an der Vorbereitung eines zweiten Gipfeltreffens gearbeitet. RU könne involviert werden, wenn die Bereitschaft zu Verhandlungen in gutem Glauben bestehe. Die militärische Situation habe sich leicht verbessert, sei aber weiterhin schwierig. Die Annahme des 14. Sanktionspakets sei wichtig, es brauche aber weitere Maßnahmen, u.a. ein Verbot von russischen Rohstoffimporten. HV/VP Borrell unterstrich, dass die Entscheidungen zur Europäischen Friedensfazilität (EFF) überfällig seien. In der Diskussion begrüßten zahlreiche EU-Mitgliedstaaten die Fortschritte im Erweiterungsprozess, die Annahme des 14. Sanktionspakets und die Einigung zu immobilisierten russischen Vermögenswerten, äußerten Hoffnung auf einen raschen Abschluss der EU-Sicherheitszusagen und riefen zu weiteren Anstrengungen bei militärischer Hilfe und Energieversorgung auf. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten forderten rasche Beschlüsse zur EFF.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten betonte HV/VP Borrell die Unterstützung für den Biden-Plan sowie die Notwendigkeit für dessen Umsetzung. Die Lage an der israelisch-libanesischen Grenze sei sehr kritisch und drohe zu eskalieren. Die Reaktivierung der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes in Rafah (EUBAM Rafah) werde vorbereitet, hierfür sei jedoch die Präsenz der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in Gaza Voraussetzung. EU-Sonderbeauftragter für den Nahost-Friedensprozess Sven Koopmans verwies auf den „Tag danach“ in Gaza und die Bemühungen für eine Zwei-Staaten-Lösung, die vom Biden-Plan nicht umfasst seien. Man müsse sich im Austausch mit gleichgesinnten Partnern für den Zeitpunkt nach einer Waffenruhe vorbereiten. Die EU-Mitgliedstaaten befürworteten die Abhaltung des EU-Israel-Assoziierungsrates. HV/VP Borrell schlussfolgerte, dass zur Unterstützung der PA und ihren Reformbemühungen sowie zur grundsätzlichen Reaktivierung von EUBAM Rafah Einigkeit bestehe. Zur Frage des EU-Engagements über den Biden-Plan hinaus („Tag danach“) gebe es hingegen unterschiedliche Meinungen. Beim RAB im Juli sollen konkrete Vorschläge diskutiert werden.

In der Diskussion zum Westbalkan mit den Außenministern der sechs Westbalkanstaaten betonte ich die Bedeutung eines regelmäßigeren Austauschs zumindest einmal pro Semester im RAB und auch auf PSK-Ebene. Fortschritte in Richtung Vollmitgliedschaft sollen über graduelle Integration erfolgen, der Wachstumsplan sei ein Schlüsselement dafür. Zudem müsse man sich öfter zur gemeinsamen Sicherheit und Resilienz austauschen sowie Sicherheitspartnerschaften aufbauen. Es brauche eine klare EU-Perspektive und Gleichbehandlung aller sechs Westbalkanstaaten, der Beitrittsantrag von Kosovo 2022 sollte der etablierten Praxis folgend behandelt werden. Einer graduellen Aufhebung der Maßnahmen der EU gegen Kosovo könne zugestimmt werden, Ziel müsse die vollständige Aufhebung bleiben.

In der Diskussion zu Georgien verwies HV/VP Borrell auf die Verabschiedung des Transparenzgesetzes, die EU-feindliche Rhetorik und das niedrige GASP-Alignment. Die EU müsse die Botschaft senden, dass negative Entwicklungen Konsequenzen auf die Erweiterungsambitionen hätten. Es wurde auf das vorliegende Optionenpapier mit kurzfristigen Maßnahmen sowie möglichen weiteren Schritten bei einer Verschlechterung der Lage verwiesen. In manchen Bereichen solle die EU die Bemühungen intensivieren, u.a. in der strategischen Kommunikation und bei der Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie des Wahlprozesses im Herbst. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten teilten die Sorge über die aktuelle Situation und unterstützten die Vorschläge des Optionenpapiers. Die notwendige Unterstützung der Zivilgesellschaft wurde ebenfalls betont. Entscheidend sei die Klarstellung, dass der Regierungskurs sich negativ auf die EU-Ambitionen auswirke.

In der Diskussion zu den Großen Seen verwies HV/VP Borrell auf die aktuellen Entwicklungen in der Region, insb. in der Demokratischen Republik Kongo, sowie die Bestellung eines EU-Sonderbeauftragten für die Region der Großen Seen. Der Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenschutz, Janez Lenarčič, informierte zur sich verschlechternden Situation und seinem rezenten Besuch in der Demokratischen Republik Kongo, wo ruandische Kräfte schrittweise Territorium erobern würden mit dem Ziel, Kontrolle über Rohstoffe zu gewinnen. Der Rückzug der VN-Friedensmission MONUSCO habe eine große Lücke hinterlassen, welche die kongolesischen Truppen nicht schließen können. Unterstützungsleistungen der Europäischen Kommission beliefen sich für 2024 auf 64 Millionen Euro, eine Aufstockung um weitere 35 Millionen Euro sei geplant. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten sprachen sich für ein stärkeres Engagement, die baldige Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für die Region und die Unterstützung des Luanda- und Nairobi-Prozesses aus.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

19. September 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister